

P. XVIII/33

Bonn, den 15. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kranke Gesundheitspolitik ----- Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB	85
3 - 3a	Die Garde Linksintellektueller (CLU) ----- "Haltet den Dieb!" - Vorspiel zum Staaterundfunk ? Von Franz Barsig	101
4	Ziemlich deutlich ----- Frankreichs Außenminister erläutert de Gaulles Außenpolitik	20
4	Brentano, Erhard, Schröder und die Pläne ----- "Ich bin es nicht gewesen !"	22
5	SPD und junge Generation ----- Bildungsfragen im Vordergrund Von Waldemar Ritter Referent für Jugendpolitik beim Parteivorstand der SPD	42
6	Anschauungsunterricht ----- Erfahrungen farbiger Studenten in Sofia	36

Chefredakteur Günter Markscheffel

Kranke Gesundheitspolitik

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

In den letzten Jahren hat sich die Aufmerksamkeit der Politiker mehr und mehr der Gesundheitspolitik zugewendet. Bundestag und Länderparlamente entwickelten eine erfreuliche gesetzgeberische Aktivität. Nach der Bundestagswahl 1961 wurde sogar ein Bundesgesundheitsministerium geschaffen, das die Bedeutung der Gesundheitspolitik dokumentieren sollte.

Bei nüchterner Betrachtung dieser Entwicklung muß man jedoch leider feststellen, daß wir trotz aller erfreulichen Aktivität noch weit von einer kontinuierlichen und zielstrebigem Gesundheitspolitik entfernt sind. Die bisherige gesundheitspolitische Gesetzgebung muß Stückwerk bleiben, weil der große Rahmen fehlt. Selbst so bedeutsame Einzelmaßnahmen wie das Arzneimittelgesetz und das Bundesseuchengesetz erweisen sich heute schon als reformbedürftig.

Regierungserklärungen blieben Leere Worte

In der Regierungserklärung zu Beginn der vierten Legislaturperiode wurden vom Bundeskanzler aus dem Aufgabenbereich der Gesundheitspolitik nur einige Allgemeinplätze ohne konkreter Hintergrund genannt; in einer weiteren Regierungserklärung im Herbst 1962 wird die Gesundheitspolitik schon gar nicht mehr erwähnt. Und wenn man die jüngste Erklärung vom Februar 1963 aufmerksam liest, so kann man feststellen, daß der Bundeskanzler Forderungen aufstellt, wie zum Beispiel "Einführung der Rezeptpflicht" und "Schutz für Mutter und Kind", die schon seit über einem halben Jahr als Initiativentwürfe der SPD-Bundestagsfraktion dem Bundestag vorliegen.

Die Bildung des Gesundheitsministeriums brachte nicht den von vielen erhofften Auftrieb zu einer konstruktiven Gesundheitspolitik. Selbst nach der nun endlich erfolgten Benennung des Staatssekretärs bleibt das Ministerium weiter ohne fachliche Spitze. Wichtige Teile, z.B. des Veterinärwesens, sind ihm nicht zugeführt worden und nicht zuletzt leidet es an chronischer Unterbesetzung, so daß die laufende Arbeit kaum bewältigt werden kann und für die große gesetzgeberische Arbeit weder die nötige Zeit noch die ausreichende Zahl von Fachkräften zur Verfügung stehen.

Liste der Versäumnisse

So nimmt es nicht wunder, daß bis heute keine der großen gesundheitspolitischen Aufgaben von der Bundesregierung und den sie tragenden Kräften angepackt worden ist, daß nahezu die Hälfte der Legislaturperiode des vierten Bundestages leichtfertig vertan wurde, ohne eine der großen gesundheitspolitischen Gemeinschaftsaufgaben anzupacken.

In der Beseitigung der allmählich unerträglich und gefährlich werdenden Einflüsse von verunreinigter Luft, verschmutztem Wasser, belästigendem Lärm und dem Schutz vor radioaktiven Niederschlägen sind wir infolge Untätigkeit und Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Bundesregierung noch keinen entscheidenden Schritt weitergekommen.

Der dringend notwendige Ausbau der gesundheitlichen
Vorsorge, von der werdenden Mütter über Kindergärten
und Schulkinder bis zum arbeitenden Menschen, bleibt aus.

Nach wie vor entzieht sich der Bund der Notwendig-
keit, bei der Verbesserung der Situation der Kran-
kenhäuser entscheidend mitzuhelfen und überläßt die
ganze Aktivität den Ländern und finanziell ohnehin
schon überlasteten Gemeinden.

Die Lebensmittelgesetzgebung droht zu verwässern,
da die entscheidenden Durchführungsverordnungen
fehlen oder unvollkommen sind und außerdem die Ver-
braucher weiterhin im Nachteil gelassen werden, Im-
halt und Haltbarkeit gekaufter Lebensmittel beim
Kauf nicht richtig beurteilen zu können.

Statt einer positiven, modernen Umgestaltung unserer
gesetzlichen Krankenversicherung versucht die Bundes-
regierung mit der geplanten Selbstbeteiligung das
Solidaritätsprinzip der Versicherung zu durchbrechen,
was erhebliche und gefährliche gesundheitspolitische
Konsequenzen mit sich bringt und in erster Linie die
Kinderreichen und Alten bedeutend mehr belastet.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen die Notwendigkeit einer rich-
tigen, vernünftigen und zielstrebigen Gesundheitspolitik. Hier ist den
politisch Verantwortlichen eine umfassende Aufgabe zugewachsen, die mit
Schönung und Ausdauer zugleich gelöst werden muß.

SPD wird weiter drängen

Daß dazu guter Wille und Lippenbekenntnisse nicht ausreichen, haben
die Monate seit Beginn der vierten Legislaturperiode gezeigt. Während
die Sozialdemokraten als Opposition auf verschiedene gesundheitspoli-
tische Initiativen, wie z.B. Verbesserung des Mutterschutzes, des Arznei-
mittelgesetzes, des Urlaubs und der Lebensmitteldeklarierung, hinweisen
können und weitere Vorlagen folgen lassen werden, ist von Seiten der Re-
gierung nichts Entscheidendes geschehen.

Unter einer latenten Regierungskrise ist ein Drittel der Zeit vor-
über und vertan !

Aktive Gesundheitspolitik ist eine wichtige politische Aufgabe un-
serer Zeit. Sie dient der Gesundheit des Menschen und damit ihm selbst.
Der Staat hat dabei die Aufgabe, helfend und ordnend unter weitestgehen-
der Berücksichtigung der Sphäre des Einzelnen einzugreifen. Was er zu
spät anpackt oder gar versäumt, kann kaum wieder gut gemacht werden. Des-
halb wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auch weiterhin mit
Initiativen der kranken Gesundheitspolitik der Bundesregierung auf den
Reißen rücken.

Die Garde Linksintellektueller (GIU)

"Haltet den Dieb!" - Vorspiel zum Staatsrundfunk?

Von Franz Barsig

Wenn man ein sehr ernst gemeintes Thema scherzhaft behandeln wollte, dann könnte man nach den sich häufenden GIU-Angriffen gegen die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik sagen, daß die Verfasser dieser Beiträge Schlafmützen sind. Schlafmützen, weil sie offenbar gar nicht merken, daß sie vorwiegend ihre eigenen Parteifreunde oder ihnen nahestehende Persönlichkeiten angreifen. Die angebliche Garde von Linksintellektuellen, die sich in Rundfunk und Fernsehen nach Meinung der GIU so breit machen, gehören nämlich meistens gerade dieser Partei an oder stehen ihr nahe.

Aber da wir zur Ehre der Verfasser annehmen, daß sie über die Verhältnisse in Rundfunk und Fernsehen sehr genau Bescheid wissen, bleibt nur der Schluß, daß die erdrückende Vertretung, die die GIU und die CSU schon heute in den Rundfunkanstalten haben, ihnen noch nicht genügt. Ihr Ideal ist und bleibt das, was man verfassungswidrig mit dem "Freien Fernsehen" verwirklichen wollte. Sie schreiben laut: "Haltet den Dieb!", um jetzt ihrem Ideal des Staatsrundfunks wenigstens personell näherzukommen.

Dabei wird, wie gesagt, der Rundfunk und das Fernsehen schon ohnehin weitgehend von der GIU/CSU beherrscht, wobei es nicht nur auf die formelle Mitgliedschaft ankommt, sondern auf die politische Haltung. Danach hat die GIU, wenn man nur die Intendanten betrachtet, in Händen:

1. die Deutsche Welle
2. den Deutschlandfunk
3. den Süddeutschen Rundfunk
4. den Bayerischen Rundfunk
5. den Südwestfunk
6. den Saarländischen Rundfunk
7. das Zweite Deutsche Fernsehen.

Von Persönlichkeiten, die keiner Partei angehören, der GIU aber zumindest nicht fern stehen, werden geleitet:

1. der Westdeutsche Rundfunk
2. der Hessische Rundfunk.

Nur in Hamburg, Bremen und Berlin (mit Ausnahme Hamburgs also bei kleiner Sendern) gibt es Intendanten, die der SPD zuzurechnen sind.

Noch viel eindeutiger ist das Bild, wenn man die so wichtigen Positionen der Programmdirektoren und der Chefredakteure betrachtet. In allen Anstalten zusammen gibt es unter diesen Persönlichkeiten drei, die der SPD nahe stehen. Alle übrigen, und das sind 18 an der Zahl, sind prinzipiell parteilos, stehen aber meistens der GIU bzw. der CSU nahe oder sind deren Mitglieder. Wem das nicht genügt, der kann auch noch diese Untersuchung auf die Chefs der Nachrichtenabteilungen ausdehnen, dann wird er feststellen, daß nicht ein einziger Sozialdemokrat ist, aber die GIU/CSU fast in jeden Sender fest verankert sitzt. Unter den Bonner Bürochefs der Rundfunkanstalten gibt es ebenfalls nicht ein einziges SPD-Mitglied, aber mehrere, die der GIU sehr nahe stehen.

Diese Aufstellung erhebt keinen Vorwurf gegen die betreffenden Persönlichkeiten, denn warum sollen Rundfunkjournalisten nicht Mitglieder einer demokratischen Partei sein. Im Gegenteil, es hat sich sehr oft gezeigt, daß gerade diese sehr wohl die Spielregeln der Demokratie zu achten wissen, während manche, die sich am überparteilichsten gebärden, in Wirklichkeit handfeste Interessenpolitik betreiben.

Das Geschrei der CDU richtet sich also zunächst einmal gegen die eigenen Leute und wenn man es genauer untersucht, dann richtet es sich gegen deren Integrität. Die große Mehrheit dieser CDU-Mitglieder oder besser, der CDU nahestehenden Persönlichkeiten haben nämlich bisher in dem Widerstreit, seltener eine klare parteipolitische Meinung zu haben und auf der anderen Seite der gesetzlich vorgeschriebenen Objektivität bei Rundfunkanstalten zu genügen, diesen Kampf in ehrenhafter Weise bestanden.

Manche allerdings hatte das hysterische Geschrei der CDU bereits markend gemacht. Ist dafür nicht ein Beweis, daß allein im zweiten Halbjahr 1962 der Anteil der SED an Nachrichtensendungen je nach Sender zwischen 16 und 4 Prozent zurückging, obwohl der Nachrichtenstoff im gleichen Zeitraum um 22 Prozent anstieg. Der höchste Rückgang war dabei in dem jetzt besonders häufig angegriffenen MDR/DDR zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil sozialdemokratischer Gesprächspartner in allen Sendern um 9 Prozent zurück. Diese Zahlen sind für die Sozialdemokratische Partei alarmierend, denn sie war bisher ohnehin nur mit knapp 32 Prozent an diesen Sendungen beteiligt, obwohl sie über 40 Prozent der Mandate im Deutschen Bundestag verfügt.

In Wirklichkeit ist also dieses Getöse nur der Schirm, hinter dem sich massive Einflußnahmen der CDU auf die Unabhängigkeit von Rundfunk und Fernsehen verbergen. Auf der einen Seite verkündet Herr Dufhues immer wieder, daß die CDU einen besseren Kontakt zu Presse und Rundfunk finden will, daß das freundschaftliche Gespräch an die Stelle des bisher üblichen CDU-Schimpfens treten sollte, während auf der anderen Seite die CDU-Mitglieder in den Rundfunkräten geradezu getrimmt werden, jeden an der Einstellung und an der Beförderung zu hindern, der nicht reine CDU-Politik in den Anstalten betreibt. Dabei hält sich die CDU als Partei geschickt im Hintergrund. Sie richtet nur die publizistische Nebelwand auf, um die handfeste Personalpolitik der Interessenvertretern zu überlassen, die nach aussen hin als Vertreter der Arbeitgeber, der Kammern usw. auftreten, in Wirklichkeit aber das Geschäft der CDU/CSU besorgen.

Das Ziel dieser Kampagne ist, so auf die Dauer wenigstens personell dem Staatsrundfunk näherzukommen. Dagegen müssen sich die Anstalten zur Wehr setzen, dagegen muß selbst die Übermacht der der CDU/CSU angehörenden Intendanten, Programm Direktoren, Nachrichtenchefs und Bonner Bürochefs auftreten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, Befehlsempfänger und Apparatschicks der CDU/CSU zu werden.

Im Übrigen stünde es der Regierung und der sie tragenden Parteien nicht schlecht an, in sich zu gehen. Das publizistische Echo ist immer so gut und so schlecht, wie die Politik es zuläßt; die "Verbieger" bestimmen zum Glück für uns alle heute noch nicht allein, was öffentliche Meinung ist. Allerdings stehen wir heute genau vor der Situation wie damals, als der verstorbene Staatssekretär Dr. Lenz das sogenannte Informationsministerium gründen wollte. Trotz der eigenen bitteren Erfahrungen gerade des letzten Halbjahres 1962 wird die SED weiter daran glauben, daß die Kraft der Unabhängigkeit des Rundfunks im Interesse der Demokratie ungrechbar ist und sich nicht brechen läßt.

Ziemlich deutlich

Frankreichs Außenminister erläutert de Gaulles Europa-Politik

sp - Der französische Außenminister Couve de Murville hat vor dem ausserpolitischen Ausschuss des Senats alle Meldungen dementiert, wonach die französische Regierung die Brüsseler Verhandlungen in dem Augenblick abgebrochen habe, in dem sie vor ihrem erfolgreichen Abschluß gestanden hätten. - Zu Vermutungen, de Gaulle könnte eines Tages versuchen, durch Direktverhandlungen mit Chruschtschow die Europa-Probleme zu lösen ("Vom Atlantik bis zum Ural"), meinte der Außenminister, sein Staatspräsident strebe eine europäische Regelung "im Sinne eines vollkommen ausgewogenen Europa" an. Man müsse das innere Gleichgewicht Europas herstellen, könne dieses Ziel aber erst erreichen, wenn eine Haltungsänderung der Sowjetunion eingetreten sei. Nach dem Tode Stalins hätten sich die Dinge bereits weiterentwickelt.

- * "Im Augenblick jedoch lassen sich die Sowjets aber auf keinen
- * anderen Gesprächspartner als auf die USA ein".

Wenn nicht alles täuscht, bedeutet diese zwar vorsichtige, aber trotzdem deutliche Analyse der de Gaulleschen Europa-Politik, daß man in Paris nicht ungern sehen würde, wenn sich die Sowjets einen "anderen Gesprächspartner als die USA" suchen würden. Auch die Möglichkeit sollte bei den Ausschlußberatungen des bilateralen Vertragswerkes zwischen Bonn und Paris aufmerksam beobachtet werden.

+ + +

Brentano, Erhard, Schröder und die Pläne

Mach nur einen Plan, und sei ein grosses Licht.
Und mach dann noch n'en zweiten Plan,
geh'n tun sie beide nicht.

(Aus der "Dreigroschenoper")

sp - Der deutsche Zeitungsleser muß wieder einmal umlernen. Kaum hatte er Freitag morgen zur Kenntnis genommen, daß der frühere Bundesausserminister und jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, einen grandiosen Plan zur Überwindung der nach Brüssel ins Stocken geratenen EWG-Verhandlungen verkündet habe, muß er wieder seine Hoffnung zurückstecken. Energisch dementierte Herr von Brentano die betreffenden Zeitungsberichte, nannte sie "reine Spekulation" und behauptete, bei den Europa-Besprechungen führender CDU/CSU-Politiker am Donnerstag sei "mit keinem Wort von einem solchen Plan die Rede" gewesen. Sehr interessant ist auch eine Meldung, wonach "aus der Umgebung" des Bundesausserministers Dr. Schröder erklärt wird, er habe vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages "mit keinem Wort über den Brentano-Plan gesprochen". Peinlich wird die Geschichte, wenn man nunmehr aus der Umgebung Brentanos hört, nicht er, sondern Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard habe Pläne in der Schublade, die den Zeitungsberichten über seine, Brentanos, angebliche Pläne sehr ähnlich sehen. - Wer wundert sich nach diesen widersprechenden Meldungen, daß im In- und Ausland jetzt ganz offen von einer tiefen Vertrauenskrise in der Führung der CDU/CSU gesprochen wird. Lärmend lastet das Durcheinander bei der CDU-Prominenz, die sich nicht nur politisch unsicher fühlt, sondern sich auch gegenseitig beschattet, um zur "rechten Zeit" die richtige Position für die Kanzelnachfolge beziehen zu können, auf der ganzen deutschen Politik.

+ + +

SPD und junge Generation

Von Waldemar Ritter

Referent für Jugendpolitik beim Parteivorstand der SPD

In der kommenden Woche werden führende Mitglieder des Parteivorstandes der SPD zu einer Arbeitstagung mit den drei sozialdemokratischen Jugendverbänden in der Georg-von-Vollmar-Schule in Kocheil zusammenkommen. Neben einer Reihe von Grundsatzreferaten und einer von Prof. Dr. Thomas Ellwein erstellten Analyse zur politischen Jugendarbeit werden die drei Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner sowie der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, und Willi Eichler vom Parteivorstand, über Probleme der jungen Generation, über das Verhältnis Partei und politischer Jugendverband, über Fragen der politischen Bildungsarbeit der jungen Generation und zu dem Thema "Hundert Jahre SPD" sprechen.

Der Wunsch zu dieser Tagung ist von den Jugendverbänden ausgegangen. Die Jungsozialisten, die Falken und der SHJ werden aus ihren Reihen je einen Referenten stellen, der über das politische Selbstverständnis und über die Aufgaben und Ziele der jeweiligen Jugendorganisation sprechen wird.

Die Bedeutung, die nicht nur von den der SPD nahestehenden Jugendverbänden und Organisationen dieser Arbeitstagung zugemessen wird, die Auswahl der Themen und nicht zuletzt der Teilnehmerkreis, zeigen erneut, daß die traditionsreichste Partei in Deutschland gleichzeitig die Partei der jungen Generation in Deutschland ist. Das Programm der Tagung zeigt aber auch die bisher ungelösten Fragen und Aufgaben der deutschen Jugend. Fragen, die für die gesamte junge Generation in unserem Land und damit unlöslich verbunden auch für unser ganzes Volk gestellt sind.

Fragen, wie die politische Bildung der jungen Generation, die Bereitschaft zum politischen Engagement, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in der organisierten und der nicht organisierten Jugend, die Ausbildungsförderung, der Bundesjugendplan, wie überhaupt die gesamte Jugendgesetzgebung, und nicht zuletzt die Selbsteinschätzung und die Standortbestimmung der jungen Generation selbst, das alles sind Probleme und Themen, die hier zur Diskussion gestellt werden und die nicht nur Fragen des politisch bewußten Teiles unserer Jugend sein können, auch nicht nur Fragen der jungen Generation selbst, sondern Fragen, die alle Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland angehen. Ohne jeden Zweifel wird die junge Generation von heute die Staats- und Gesellschaftsstruktur von morgen bestimmen. Die Verantwortung, die daraus erwächst, ist den sozialdemokratischen Jugendverbänden deutlich vor Augen. Sie sind bereit, mehr als ihren Teil an Aufgaben zu übernehmen, die Gegenwart und Zukunft uns allen stellen.

+ * +

Anschauungsunterricht

sp - Der Kommunismus sowjetischer Prägung hat zeitweise auf die farbige Welt große Anziehungskraft ausgeübt. Er unwirbt sie mit allen Mitteln, empfiehlt sich als "Vorkämpfer gegen Imperialismus und Kapitalismus" und stellt sich selbst als eine universelle Bewegung dar, die keine Rassenvorurteile kennt. Besondere Anstrengungen gelten der Gewinnung der afrikanischen, zum Studium drängenden Jugend; sie bildet die geistige und politische Führungsechicht vor morgen. Aus ihr werden die künftigen Ministerpräsidenten, Botschafter, Parlamentarier, Professoren und Lehrer ihrer Länder hervorgehen. Die Eindrücke, die diese Jugend während ihrer an fremden Universitäten absolvierten Studienzeit empfangen, sind von entscheidender Prägung, sie bestimmen deren Kenntnis von der Welt und die Verhaltensweisen zu ihr. Am Maß, mit dem sie messen, ist auch der Erfolg der Bemühungen, diese Jugend zu beeinflussen und zu gewinnen, abzulesen.

Befindet sich der Kommunismus im Vergleich zum Westen hier im Vorteil? Hat er die größeren Chancen, bietet das Studium an kommunistischen Universitäten den jungen Afrikanern mehr als das Studium an westlichen Hochschulen? Die Niederknüppelung von afrikanischen Studenten in Sofia mit gleichzeitiger Ausweisung aus Bulgarien geben darauf eine Antwort.

Was wollten diese Afrikaner? Sie wollten sich organisieren, um im Rahmen dieser Organisation, die sich gewiß nicht gegen die Gastgeber richtete, ihre besonderen Interessen zu vertreten - ein im freien Westen legitimes und auch erfüllbares Begehren. Doch diese Afrikaner rechneten nicht mit den harten Fesseln der kommunistischen Ideologie. Sie kann nichts neben sich dulden, was auf sie nicht eingeschworen ist. Die jungen Afrikaner verstießen gegen ein ehernes kommunistisches Gesetz, und als sie dagegen protestierten, trat der Polizeiknüppel in Aktion, so einen Anschauungsunterricht gebend, den diese jungen Leute als künftige Repräsentanten ihrer Länder wohl kaum vergessen werden. In Moskau, dem Mekka des Kommunismus, dürfen farbige Studenten nicht mehr an der berühmten Lomonossov-Universität studieren, sie wurden daraus verbannt und mußten sich mit einer eigens für sie erbauten Hochschule begnügen. Die Trennung von ihren Studiengenossen löste zu Recht Erbitterung aus, bedeutet sie doch die Errichtung von Rassenschranken.

Auch dieser Anschauungsunterricht dürfte in der Zukunft Brüche tragen - allerdings nicht zu Gunsten des Sowjetkommunismus.